

## Lohnerhöhung, Streiks und Polizeieingewalt

Mit Hilfe von Tränengaswerfern, Schlagstöcken und Sturmgewehren hat die Polizei von Phnom Penh am 27. Juli 2010 einen Streik von Textilarbeiterinnen aufgelöst. Die etwa 3.000 jungen Frauen hatten geplant, ihre Arbeit in dem malaysischen Unternehmen *PCCS Garment* für eine Woche niederzulegen, nachdem ein Gewerkschaftsführer gefeuert worden war. Neun Frauen wurden bei den Zusammenstößen mit der Staatsgewalt verletzt. *PCCS Garment* produziert unter anderem Kleidung für Gap, Benetton, Adidas und Puma. Dieser Streik ist nur ein Beispiel für die zahlreichen Arbeitskämpfe im Textilsektor, die als Reaktion auf die Anhebung der Mindestlöhne von 50 auf 61 US-Dollar durch die Arbeitskammer der Regierung Ende Juli diesen Jahres erfolgten. Die Gewerkschaftsführer hatten sich mit dieser Lohnerhöhung einverstanden erklärt, obwohl sie vor Beginn der Verhandlungen noch eine Anhebung auf bis zu 90 US-Dollar monatlich für angemessen hielten. Für die Beschäftigten bedeutet der Lohnzuwachs lediglich die Gewährung des Existenzminimums, während der Sprecher des Verbandes der Textilindustrie für Lohnzurückhaltung plädiert, denn »wenn wir mehr bezahlen, werden weniger Arbeitgeber in unser Land investieren«. Der Textilsektor ist der drittgrößte Industriezweig Kambodschas. In ihm werden 90 Prozent des Außenhandels generiert und 27 Prozent aller Industriearbeiter beschäftigt.

vgl. *wsws.org* am 19.8.2010

## Journalisten verhaftet

Laut einer Bekanntmachung der *League of Democratic Journalists* sind seit Mitte Juli 2010 einige Journalisten bei der Ausübung ihrer Arbeit verhaftet worden. Die Festnahmen erfolgten während der Recherchen über illegale Geschäfte von Geschäftsleuten in Konspiration mit den lokalen Behörden. Durch die Festnahmen sollte ein möglicher Skandal verhindert und die gesetzeswidrigen Tätigkeiten der Geschäftsleute verschleiert werden. Im Einzelnen handelt es sich um die Festsetzung der Chefredakteure des *Chhanteak*

Koun Khmer am 20. Juli und des Rasmei Eysan nur einen Tag später sowie die des Chefs einer kambodschanischen Überwachungsbehörde Anfang August. Die Kriminalisierung von Journalisten durch die Polizei bedeutet eine Gefahr für die unabhängige Berichterstattung in Kambodscha. Die Journalisten haben die Polizei aufgefordert, sich nach den Gesetzen zu richten und sich nicht von subjektiven Einstellungen gegenüber ihrer Berufsgruppe leiten zu lassen.

vgl. Kampuchea Thmey, 14.08.2010

## Motorradfahrer leben gefährlich

Am 12.8.2010 verkündeten ein Staatssekretär des Innenministeriums sowie ein Vorsitzender des *National Road Safety Committee*, dass die Anzahl der Verkehrstoten in den letzten Jahren in einem erschreckenden Ausmaß gestiegen sei. So seien während der ersten Jahreshälfte bei 3.040 Verkehrsunfällen bereits 913 Opfer zu beklagen gewesen. Einem Bericht von *Handicap International Belgium* über Verkehrsunfälle im Jahr 2009 zufolge waren 75 Prozent der Verkehrstoten im Berichtszeitraum Motorradfahrer, von denen allein 35 Prozent Kopfverletzungen erlitten, die durch das Tragen eines Motorradhelms hätten verhin-

dert werden können. Bei immerhin 13 Prozent aller Unfälle war Alkohol der entscheidende Faktor und 49 Prozent wurden durch eine überhöhte Geschwindigkeit verursacht. Die Verkehrsteilnehmer werden vom *National Road Safety Committee* gebeten, die Verkehrsregeln zu achten und den Slogan »Sicherheit fängt bei mir an« umzusetzen, damit die Zielvorgaben der ASEAN Länderpläne im Bezug auf die Verkehrssicherheit erfüllt werden können. Im Jahr 2009 richteten die Verkehrsunfälle in Kambodscha einen Schaden von 248 Millionen US-Dollar an.

vgl. Koh Santephea, 16.8.2010

## Rechtsverletzungen an Arbeitsmigranten

Die Zahl der kambodschanischen Arbeitsmigranten ist aufgrund von Armut und Arbeitslosigkeit gestiegen. Immer häufiger kommt es dabei im Ausland zu Missachtungen der Arbeitsschutzbestimmungen und der Menschenrechte. Beschwerden liegen vor allem über die Behandlung der Arbeitsmigranten in Malaysia vor. Die Bandbreite der Verstöße reicht von Einschüchterungen und mangelnder Versorgung mit Nahrungsmitteln über die Wegnahme des Passes bis hin zu Vergewaltigungen

und körperlicher Misshandlung. Das Ministerium für Arbeit und Ausbildung hat bisher nicht auf die vorliegenden Berichte von Menschenrechtsorganisationen reagiert. Bei diesen sind zwischen 2008 und 2010 etwa 100 Fälle von Missbrauch registriert worden. Laut der Organisation *Coordination of Action Research on AIDS and Mobility* (CARAM) sind allein 200.000 kambodschanische Arbeiterinnen in Thailand beschäftigt und 20.000 in Malaysia.

vgl. Moneaksekar Khmer, 18.8.2010

## »Duch« verurteilt – aber Berufung eingelegt

Das von den Vereinten Nationen unterstützte Sondertribunal für Kambodscha zur Aufarbeitung der Verbrechen, die während der Diktatur der Roten Khmer vor mehr als 30 Jahren verübt wurden, hat am 26. Juli 2010 sein erstes Urteil gesprochen: Der ehemalige Leiter des Foltergefängnisses »Tuol Sleng« in Phnom Penh, Kaing Guek Eav alias »Duch«, wurde wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu einer Gefängnisstrafe von 35 Jahren verurteilt. Anschließend wurde das Strafmaß auf 30 Jahre verkürzt, da der Verurteilte vor der offiziellen Anklage im Jahr 2007 bereits fünf Jahre illegal inhaftiert gewesen ist. Nach Abzug der insgesamt 16 Jahre, die »Duch« bisher in kambodschanischer Haft verbüßt hat, stehen dem 67-Jährigen somit noch 19 weitere Jahre Gefängnisauferhalt bevor. In »Tuol Sleng« wurden zwischen 1975 und 1979 circa 15.000 Menschen gefoltert und

getötet. »Duch« zeigte während der Anhörungen vor dem Tribunal Reue, er beharrte jedoch weiterhin darauf, lediglich Befehle aus Angst um sein eigenes Leben ausgeführt zu haben. Da er somit jede persönliche Schuld ablehnte, plädierte er auf Freispruch. Die Staatsanwaltschaft hatte eine Freiheitsstrafe von 40 Jahren gefordert. Die Überlebenden und Angehörigen der Opfer nahmen den Urteilsspruch mit Unverständnis und Wut entgegen. Chum Mey, einer von sieben Insassen, die »Tuol Sleng« überlebten, erklärte: »Er hat alle ausgetrickst. Ich bin erneut ein Opfer.« Die Anklagevertreter haben am 16. August Berufung gegen das aus ihrer Sicht »zu milde« Urteil eingelegt. Die Staatsanwaltschaft begründet diesen Schritt damit, dass die Strafe »unverhältnismäßig im Vergleich zu seinen Taten und der Rolle, die er bei der Durchführung der Verbrechen einnahm« sei. Außerdem habe das Gericht den

lindernden Umständen eine zu große Bedeutung beigemessen. Vor dem Sondertribunal konnte jedoch bisher nicht der Beweis erbracht werden, dass Kaing Guek Eav auch persönlich an der Folter beteiligt war. Ein Termin für die Fortsetzung des Verfahrens steht noch nicht fest.

vgl. finanznachrichten.de am 16.08.2010, taz vom 27.7.2010, FAZ vom 27.7.2010, Spiegel.de am 26.07.2010

## Geschichtsbewusstsein

Auch im Jahr 2010 verläuft die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit in Kambodscha zwiespältig: Ein ausländischer Geschäftsmann hat die Vermarktungsrechte am Haus von Pol Pot im Bezirk Anlong Veng erworben und beabsichtigt nunmehr auf dem Gelände des Refugiums des verstorbenen Diktators ein Kasino zu erbauen. Der ehemalige Fotograf des Foltergefängnisses Tuol Sleng, Nhem En, spielt mit dem Gedanken, einen Pol-Pot-Erlebnispark zu realisieren, allerdings hat sich bis jetzt kein Investor für das Projekt gefunden. Bereits im Mai war sein Versuch gescheitert, Kleidung von Pol Pot zu versteigern, um aus dem Erlös ein Museum zu finanzieren. Es hatten sich schlichtweg keine Interessenten gemeldet. Die künstliche Insel, auf der der ehemalige Militärchef Ta Mok lebte, wird von den Einheimischen als Ort für ein gemütliches Picknick genutzt. Dieser Tendenz zur Verleugnung und Verdrängung der Vergangenheit versucht unterdessen das Dokumentationszentrum von Kambodscha, DC-CAM, in Phnom Penh entgegenzuwirken. Es vertreibt Geschichtsbücher, in denen erstmals die Gewaltherrschaft der Roten Khmer umfassend geschildert wird und hat jüngst die Ausbildung von 3.000 Geschichtslehrern abgeschlossen.

vgl. SZ, 26.07.2010

## Staatlicher Missbrauch an Sexarbeiterinnen

Sexarbeiterinnen in Phnom Penh werden seit langem von Polizisten und anderen Autoritäten willkürlich festgenommen und anschließend misshandelt und bestohlen. Dies geht aus einem am 20. Juli 2010 publizierten Bericht von *Human Rights Watch* hervor. Bei der Präsentation des Reports machte die Direktorin der asiatischen Sektion der Menschenrechtsorganisation Elaine Pearson deutlich, dass es sich dabei um systematische Menschenrechtsverletzungen handelt. Die Sexarbeiterinnen werden, während sie sich in polizeilichem Gewahrsam befinden, mit Schlagstöcken und Elektroschockgeräten bearbeitet. Mrs. Pearson appellierte an die kambodschanische Regierung, die

Straffreiheit der Polizisten, die solche Taten begehen, zu beenden und sich somit nicht weiter indirekt an den Missbräuchen zu beteiligen. Des Weiteren wurde die Schließung einiger staatlicher Besserungsanstalten angeregt, in denen es wiederholt zu Vergewaltigungen und anderen gewaltsamen Übergriffen von Seiten der Autoritäten gekommen ist. Als Beispiel nannte Mrs. Pearson das staatliche Prey Speu Center, in dem Sexarbeiterinnen, Straßenkinder, Obdachlose und Drogensüchtige untergebracht sind. Dort sind zwischen 2006 und 2008 mindestens drei Personen zu Tode geprügelt worden.

vgl. Moneaksekar Khmer, 21.7.2010

nachrichten